

Eine Atempause für die Meere

Meeresschutzgebiete und die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik

Bis Ende 2012 soll die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) der Europäischen Union (EU) erneuert werden. Dabei kommt aus Sicht von Greenpeace der Einrichtung von Meeresschutzgebieten eine besondere Bedeutung zu. Denn dort können sich die Fischbestände und Lebensräume wieder erholen. Die existierende EU-Schutzgebieteninitiative "NATURA 2000" bietet dazu eine gute Gelegenheit.

Die europäische Fischerei steckt tief in der Krise: fast 90 Prozent der Speisefischbestände sind überfischt und für einige Bestände ist fraglich, ob sie sich selbst bei einem Fischereistopp je wieder erholen werden. Die Flotte ist zu groß und die Fangquoten zu hoch. Außerdem gehen den Fischern europaweit neben den Zielarten noch hunderttausende Kilo andere Meerestiere in die Netze, die an Bord aussortiert und dann weggeschmissen werden. Zwar gibt es klare Gesetze in der GFP, allerdings fehlen die notwendigen Kontrollen und Sanktionen um sie in den Gewässern der Mitgliedsländer wirksam umzusetzen.

EU-Fischerei: Brüssel steuert, die Mitgliedsländer setzen um

Grundsätzlich haben die europäischen Mitgliedsländer die Kompetenz zur Regulierung der Fischerei in den nationalen Wirtschaftszonen an die EU-Instanzen abgegeben. Zwar kontrollieren die Nationalstaaten ihre Gewässer, allerdings werden die dafür notwendigen Gesetze in Brüssel gemacht.



Die EU-Fischereiflotte arbeitet nicht nachhaltig
© Dima Litvinov, Greenpeace

EU-Meeresschutz: Die Initiative NATURA-2000

Die Gesetze der EU verpflichten die Mitgliedsländer, die Verbreitung bestimmter Meerestierarten wie Schweinswal oder Seehund und die Ausbreitung bestimmter Lebensräume wie Steinriffe und Sandbänke zu identifizieren und zu schützen. Allen voran hat Deutschland bereits im Mai 2004 deswegen rund 30 Prozent seiner Nord- und Ostsee für den Schutz vorgeschlagen. Seitdem ist allerdings so gut wie nichts passiert. Das liegt vor allen Dingen daran, dass Deutschland nicht so ohne weiteres die Fischerei in diesen Schutzgebieten beschränken kann. Vorher müssen die EU-Gremien entscheiden, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen sinnvoll sind. Aus diesem Grund liegen zwischen der Ausweisung von Meeresschutzgebieten und dem tatsächlichen Schutz oft Jahre und ein komplexes Verfahren, das sich am Besten als Ping-Pong-Spiel zwischen Mitgliedsland, EU-Kommission und Fischereirat beschreiben lässt. Der große Verlierer ist die Meeres-

umwelt mit ihren Arten und Lebensräumen.

Das Dilemma: Beschränkung der Fischerei in Schutzgebieten

Es ist ein ungelöstes Dilemma entstanden: einerseits gibt es die Verpflichtung der Mitgliedsländer das Meer zu schützen andererseits die Unfähigkeit, die Fischerei in den entsprechen Schutzgebieten wirksam beschränken zu können. Letzteres vor allen Dingen wegen der gletscherartigen Langsamkeit der bestehenden EU-Gesetzgebung.

Vorteile von Schutzgebieten

Schutzgebietsgrenzen im Meer lassen sich wesentlich einfacher überwachen als die aktuellen technischen Maßnahmen der EU-Fischereigesetzgebung wie PS-Beschränkungen für bestimmte Gebiete, Netz-Maschenweiten oder Fischereitagesbeschränkungen. Hierzu sind sehr aufwendige Fischereikontrollen auf See notwendig. Demgegenüber bietet die moderne Satellitenüberwachung jederzeit die Möglichkeit, den Aufenthaltsort von Schiffen zu bestimmen. Kutterkapitäne die beim Übfahren der Grenzen beobachtet werden, müssten drakonische Strafen drohen.

Die positive Wirkung von Schutzgebieten ist vielfach belegt. Dort können sich die Fischbestände ungestört vermehren und die zerstörten Lebensräume sich wieder aufbauen. Irgendwann sind die Fische in den Schutzgebieten so zahlreich, dass sie von dort auswandern und ausserhalb der Schutzgebietsgrenzen der Fischerei zur Verfügung stehen. Weltweit gibt es bereits einen ganzen Fischereizweig, der von diesem "grenznahen" Fischen profitiert: die dort gefangenen Fische sind größer der Fischartenreichtum ist gewachsen. Außerdem sind die ungestörten Lebensräume widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels. Das Meer erholt sich von der jahrzehntelangen Übernutzung. Die

Hauptnutznießer sind vor allen Dingen die Fischer, denn deren Lebensgrundlage sind gesunde Fischbestände.

Greenpeace fordert:

- Schutzgebiete müssen stärker als Lösung für das Überfischungsproblem verstanden und als Teil der GFP-Reform noch viel stärker als Fischereimaßnahme eingesetzt werden.
- Die Kompetenz zur Regulierung der Fischerei in Schutzgebieten muss in den Händen der Mitgliedsländer liegen.
- Die Bundesregierung muss aus den lediglich auf dem Papier bestehenden Natura 2000-Gebieten endlich echte Schutzgebiete machen

Lesetipps:

- "Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik" Factsheet, Greenpeace, April 2011
- Internetseite des Bundesamtes für Naturschutz: www.habitatmare.de
- „Ökosystemgerechte, nachhaltige Fischerei - Empfehlungen des Bundesamtes für Naturschutz“, Veröffentlichung des BfN, <http://www.bfn.de/habitatmare/de/publikationen-positionspapier-fischereiempfehlungen.php>
- "CFP reform - legal briefing. Fisheries Management & Natura 2000", Greenpeace, 2009
- "CFP reform - legal briefing", Daniel Owen, Juni 2009